

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Nr. 18

19. Februar

1915

Bekanntmachung.

Betr.: Benutzung von Militärzügen durch Zivilpersonen.
Die nachstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Gießen, den 16. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Allen Zivilpersonen wird die Benutzung von Militärzügen verboten, sofern sie sich nicht im Besitz eines von höchsten Militärbehörden oder von Linienkommandanturen ausgestellten schriftlichen Geleitscheines befinden.
Zu widerhandlungen gegen dieses Verbot werden auf Grund des § 9 des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft, sofern die sonst bestehenden Gesetze keine schärfere Strafe bestimmen.
Stellvert. Generalkommando des 18. Armee-Korps.
Der Kommandierende General:
Freiherr von Gall,
General der Infanterie.

Bekanntmachung.

Betr.: Verarbeitung von Nachprodukten der Zuckerfabrikation und von Melasse.
Die nachstehende Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 8. I. Mts. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Gießen, den 16. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

über Verarbeitung von Nachprodukten der Zuckerfabrikation und von Melasse.
Vom 8. Februar 1915.
Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 327) folgende Verordnung erlassen:
§ 1. Nachprodukte der Zuckerfabrikation dürfen auf Verbrauchszucker nicht verarbeitet werden.
Melasse darf vom 15. Februar 1915 ab nicht mehr entzuckert werden.
§ 2. Wer den Vorschriften des § 1 zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft.
§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.
Berlin, den 8. Februar 1915.
Der Stellvertreter des Reichskanzlers:
Deßbrück.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl; hier: das Ausmahlen des im Eigentum der Mühlen stehenden Getreides.
Unter Bezugnahme auf die vorstehende Bekanntmachung, wonach zunächst der Uebergang des Eigentums der im Kreis befindlichen Vorräte an Roggenmehl an den Kommunalverband angeordnet worden ist, werden die im Kreise ansässigen Mühlen hiermit aufgefordert, den zwar noch in ihrem Eigentum befindlichen, jedoch seit 1. Februar l. J. beschlagnahmten Roggen entsprechend der Vorschrift in § 4 Absatz 4 c der Bundesratsbekanntmachung vom 25. Januar 1915 in der Fassung vom 6. Februar 1915 als bald auszumahlen. Die hiernach ausgemahlene und unter keinen Umständen mit anderen Mehlsorten zu vermischenden Quantitäten an Roggenmehl gelten als für den Kreis beschlagnahmt und sind uns jeweilig sofort anzugeben. Es wird alsdann durch unseren Kommissionär der freihändige Erwerb des Mehls zu angemessenen Preisen versucht werden. Wir unterstellen, daß bei einem derartigen Vorgehen die Notwendigkeit des Enteignungsverfahrens bezüglich des als beschlagnahmt anzusehenden Mehls entfällt.
Gießen, 18. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betreff: Wie oben.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und
an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden
des Kreises.

Wir beauftragen Sie, die in Ihrem Bezirk ansässigen Mühlen sofort auf den Inhalt der vorstehenden Bekanntmachung hinzu-

weisen und dafür besorgt zu sein, daß uns die nach dieser Bekanntmachung erforderlichen Angaben baldmöglichst gemacht werden.
Gießen, den 18. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Brotgetreide und Mehl; hier: Enteignung.
Auf Grund der §§ 14 und 15 der Bundesratsbekanntmachung vom 25. Januar 1915, in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Februar 1915, wird hiermit angeordnet, daß zunächst die nach der Erhebung vom 1. Februar 1915 im Kreise Gießen befindlichen und seit dem vorgenannten Tage beschlagnahmten Vorräte an Roggenmehl, insofern sie sich in Gewahrsam von Händlern und Landwirten befinden, in das Eigentum des Kreises Gießen übergehen. Nach § 17 der vorerwähnten Bekanntmachung sind die Besitzer der enteigneten Vorräte verpflichtet, sie so lange zu verwahren und pfleglich zu behandeln, bis die von uns Beauftragten sie in den Gewahrsam des Kreises überführt haben. Wer dieser Verpflichtung zuwiderhandelt, wird nach § 20 der obengenannten Bekanntmachung mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark bestraft. Der von uns bestellte und mit einer entsprechenden Legitimation versehene Kommissionär wird zunächst versuchen, die in unser Eigentum übergegangenen Vorräte zu einem angemessenen Preise zu übernehmen. Sollte ihm dies nicht gelingen, so wird das Enteignungsverfahren durchgeführt werden.
Die am 1. Februar l. J. vorhanden gewesenenen Vorräte an Weizen-, Hafer- und Gerstemehl, sowie das im Besitze der Bäcker sich befindende Roggenmehl, bleibt, unbeschadet der Vorschriften in § 4 Abs. 4 f der obengenannten Bekanntmachung, beschlagnahmt.
Gießen, den 18. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Wie oben.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und
an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden
des Kreises.

Vorstehende Bekanntmachung wollen Sie sofort auf örtliche Weise zur öffentlichen Kenntnis bringen. Die Anordnung, wonach die in der Bekanntmachung aufgeführten Vorräte als in das Eigentum des Kreises übernommen anzusehen sind, gilt an die Besitzer der Vorräte mit Ablauf des Tages nach Ausgabe des Blattes, das diese Bekanntmachung enthält, als zugestellt.
Gießen, den 18. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Polizei-Verordnung.

Betr.: Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.
Auf Grund des Artikel 64 des Gesetzes betreffend die innere Verwaltung und die Vertretung der Kreise und der Provinzen bestimmen wir mit Zustimmung des Kreisausschusses und mit Genehmigung des Großh. Ministeriums des Innern zu Nr. M. d. J. III 2022 vom 10. Febr. 1915:
§ 1.
Mühlenbesitzer, Händler, Bäcker und Konditoren, die nicht bereits durch gesetzliche Vorschriften zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, sind gehalten, während der Dauer der durch die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. Januar 1915 angeordneten Regelung des Verbrauchs von Brotgetreide und Mehl täglich über den Zugang von Getreide und Mehl und über die Verminderung ihrer Vorräte durch Verkauf oder Verbackung (§ 4 Absatz 4 der genannten Bekanntmachung) Aufzeichnungen zu machen; diese sind in ein hierzu besonders anzulegendes Buch oder Heft einzutragen.
§ 2.
Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 30 Mark bestraft.
Gießen, am 18. Februar 1915.
Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Bekanntmachung.

Betr.: Verkehr mit Brotgetreide und Mehl; hier: Erwerb von Roggenmehl.
Der Kaufmann Martin Strauß in Gießen ist durch Beschluß des Kreisausschusses vom 17. I. Mts. beauftragt worden, die nach Anordnung der unterzeichneten Behörde zu heute als in das Eigentum des Kreises übergegangen anzusehenden Vorräte an Roggenmehl in Gewahrsam des Kreises überzuführen. Die

Ortspolizeibehörden wollen dies in geeigneter Weise zur öffentlichen Kenntnis bringen. Der Bevollmächtigte wird sich den Behörden und den Beteiligten gegenüber durch eine von uns ausgestellte Vollmacht legitimieren.

Gießen, den 17. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Die nachstehenden Bekanntmachungen des Stellvertreters des Reichskanzlers

- a) über Regelung des Verkehrs mit Hafer,
 - b) über die Höchstpreise für Hafer,
 - c) über die Erhöhung des Haferpreises
- bringen wir hierdurch zur allgemeinen Kenntnis.

Gießen, den 17. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Ufinger.

Bekanntmachung

Über die Regelung des Verkehrs mit Hafer.

Vom 13. Februar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

I. Beschlagnahme.

§ 1. Mit dem Beginn des 16. Februar 1915 sind die im Reich vorhandenen Vorräte an Hafer für das Reich, vertreten durch die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung in Berlin, beschlagnahmt. Als Hafer im Sinne dieser Verordnung gelten auch geschrotener oder gequetschter Hafer sowie Mengkorn aus Hafer und Gerste.

§ 2. Von der Beschlagnahme werden nicht betroffen:

- a) Vorräte, die im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum eines Militärs oder der Marineverwaltung, oder im Eigentum des Kommunalverbandes, stehen, in dessen Bezirke sie sich befinden;
- b) Vorräte, die gemäß dem Beschlusse des Bundesrats über die Sicherstellung des Haferbedarfs für die Heeresverwaltung vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 29) für die Heeresverpflegung bereits sichergestellt sind;
- c) Vorräte an gedroschenem Hafer, die einen Doppelzentner nicht übersteigen.

§ 3. An den beschlagnahmten Vorräten dürfen Veränderungen nicht vorgenommen werden, und rechtsgeschäftliche Verfügungen über sie sind nichtig, soweit nicht in den §§ 4, 16 etwas anderes bestimmt ist. Insbesondere ist auch das Verfüttern verboten, soweit es nicht durch § 4 Abs. 3a zugelassen ist. Den rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.

§ 4. Die Besitzer von beschlagnahmten Vorräten sind berechtigt und verpflichtet, die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

Zulässig sind Verkäufe an die Heeresverwaltungen, die Marineverwaltung und die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung sowie alle Veränderungen und Verfügungen, die mit Zustimmung der Zentralstelle erfolgen.

Trotz der Beschlagnahme dürfen

- a) Halter von Pferden und anderen Einhufern zur Fütterung dieser Tiere Hafer nach dem Durchschnitt von anderthalb Kilogramm, für jedes Tier auf den Tag berechnet, verwenden; dieser Satz erhöht sich für die Zeit bis zum 28. Februar 1915 einschließlich um einen Zuschlag von einem Kilogramm auf den Tag berechnet; der Bundesrat wird unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorratsermittlung vom 1. Februar 1915 bestimmen, ob und welcher Zuschlag für die Zeit vom 1. März 1915 ab zu gelten hat;
- b) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe das zur Frühjahrseinstellung erforderliche Saatgut zur Saat verwenden und zwar anderthalb Doppelzentner auf das Hektar; die Landeszentralbehörden sind ermächtigt, die Saatgutmenge im Falle dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses für einzelne Betriebe oder ganze Bezirke bis auf zwei Doppelzentner auf das Hektar zu erhöhen;
- c) Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe und Händler Saathafer für Saatweide liefern, der nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verkauft von Saathafer befäßt haben; anderer Saathafer darf nur mit Genehmigung der zuständigen Behörde für Saatweide geliefert werden;
- d) Händler ihre Vorräte mit Zustimmung des Kommunalverbandes, in dessen Bezirke sie lagern, veräußern;
- e) Unternehmer gewerblicher Betriebe ihre Vorräte zur Herstellung von Nahrungsmitteln verarbeiten; sie haben bis zum Fünften jeden Monats über die im abgelaufenen Monat eingetretenen Veränderungen ihrer Vorräte der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung Anzeige zu erstatten.

§ 5. Die Wirkungen der Beschlagnahme endigen mit der Enteignung oder mit den nach § 4 zugelassenen Veräußerungen oder Verwendungen.

§ 6. Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der §§ 1 bis 5 ergeben, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 7. Wer unbefugt beschlagnahmte Vorräte beiseite schafft, beschädigt oder zerstört, verfälscht oder sonst verbraucht, verkauft, kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abschließt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft.

Ebenso wird bestraft, wer die zur Erhaltung der Vorräte erforderlichen Handlungen pflichtwidrig unterläßt, oder wer als Saathafer erworbenen Hafer zu anderen Zwecken verwendet, oder wer die Anzeige (§ 4 Abs. 3 e) nicht in der gefetzten Frist erstattet oder offensichtlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

II. Enteignung.

§ 8. Das Eigentum an den beschlagnahmten Vorräten geht vorbehaltlich der Vorschriften im Abs. 2 und 3 durch Anordnung der zuständigen Behörde auf das Reich, vertreten durch die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung, über. Beantragt die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung die Uebertragung an eine andere Person, so ist das Eigentum auf diese zu übertragen; sie ist in der Anordnung zu bezeichnen.

Von der Enteignung sind auszunehmen:

- a) für jeden Einhufer 300 Kilogramm, soweit sie sich im Besitze des Halters von Pferden und anderen Einhufern befinden; dabei sind die Mengen anzurechnen, welche nach dem Maßstab des § 4 Abs. 3 a seit der Beschlagnahme verfüttert sind. Der Bundesrat kann den Satz von 300 Kilogramm unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorratsermittlung vom 1. Februar 1915 erhöhen;
- b) das zur Frühjahrseinstellung erforderliche Saatgut, welches sich im Besitze der Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe befindet, nach dem Maßstab von § 4 Abs. 3 b;
- c) Saathafer, der nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verkauft von Saathafer befäßt haben;
- d) der Hafer, der gemäß dem Beschlusse des Bundesrats über die Sicherstellung des Haferbedarfs für die Heeresverwaltung vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 29) für die Heeresverpflegung noch in Anspruch genommen wird.

Soweit Halter von Pferden und Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe nicht im Besitze der vorerwähnten Mindestmenge für ihre Pferde oder des erforderlichen Saatguts sind, und sich die zur Deckung dieses Bedarfs benötigten Mengen im Bezirke des Kommunalverbandes befinden, geht das Eigentum der beschlagnahmten Mengen durch Anordnung der zuständigen Behörde bis zur Höhe dieses Bedarfs auf den Kommunalverband über. Für die Verteilung gelten die Vorschriften des § 23.

Der Gemeindevorstand ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das Saatgut aufbewahrt und zur Frühjahrseinstellung wirklich verwendet wird.

§ 9. Die Anordnung, durch die enteignet wird, kann an den einzelnen Besitzer oder an alle Besitzer des Bezirkes oder eines Teiles des Bezirkes gerichtet werden; im ersteren Falle geht das Eigentum über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht, im letzteren Falle mit Ablauf des Tages nach Ausgabe des amtlichen Blattes, in dem die Anordnung amtlich veröffentlicht wird.

§ 10. Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung des Höchstpreises sowie der Güte und Verwertbarkeit der Vorräte von der höheren Verwaltungsbehörde nach Anhörung von Sachverständigen endgültig festgesetzt.

Weist der Besitzer nach, daß er zulässigerweise Vorräte zu einem höheren Preise, als dem Höchstpreis erworben hat, so ist statt des Höchstpreises der Einstandspreis zu berücksichtigen.

Soweit Vorräte nicht angezeigt sind, die nach § 8 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 35) angezeigt sind, wird für sie kein Preis gezahlt. In besonderen Fällen kann die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen zulassen, namentlich dann, wenn die Anzeige bis zum 28. Februar 1915 nachgeholt wird.

§ 11. Der Besitzer der enteigneten Vorräte ist verpflichtet, sie zu verwahren und pfleglich zu behandeln, bis der Erwerber sie in seinen Gewahrsam übernimmt. Dem Besitzer ist hierfür eine angemessene Vergütung zu gewähren, die von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt wird.

§ 12. Bezieht sich die Anordnung auf Erzeugnisse eines Grundstücks, so werden diese von der Haftung für Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden frei, soweit sie nicht vor dem 16. Februar 1915 zugunsten des Gläubigers in Beschlag genommen worden sind.

§ 13. Ueber Streitigkeiten, die sich bei dem Enteignungsverfahren ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

§ 14. Wer den ihm als Saatgut zur Frühjahrseinstellung belassenen Hafer ohne Genehmigung der zuständigen Behörde zu anderen Zwecken verwendet, oder wer der Verpflichtung des § 11, enteignete Vorräte zu verwahren und pfleglich zu behandeln, zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark bestraft.

III. Sondervorschriften für unausgedroschenen Hafer.

§ 15. Bei unausgedroschenem Hafer erstrecken sich Beschlagnahme und Enteignung auch auf den Stalm.

Mit dem Ausdreschen wird das Stroh von der Beschlagnahme frei. Wird erst nach der Enteignung ausgedroschen, so fällt das

Eigentum am Stroh an den bisherigen Eigentümer zurück, sobald der Hafer ausgedroschen ist.

§ 16. Der Besitzer ist durch die Beschlagnahme oder die Enteignung nicht gehindert, den Hafer auszudroschen.

§ 17. Die zuständige Behörde kann auf Antrag desjenigen, zu dessen Gunsten beschlagnahmt oder enteignet ist, bestimmen, daß der Hafer von dem Besitzer mit den Mitteln seines landwirtschaftlichen Betriebs binnen einer zu bestimmenden Frist ausgedroschen wird. Kommt der Verpflichtete dem Verlangen nicht nach, so kann die zuständige Behörde das Ausdroschen auf dessen Kosten durch einen Dritten vornehmen lassen. Der Verpflichtete hat die Vornahme in seinen Wirtschaftsräumen und mit den Mitteln seines Betriebs zu gestatten.

§ 18. Der Uebernahmepreis ist gemäß § 10 festzusetzen, nachdem der Hafer ausgedroschen ist.

§ 19. Ueber Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der §§ 15 bis 18 ergeben, entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde.

IV. Verbrauchsregelung.

§ 20. Die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung hat die Aufgabe, für die Verteilung der vorhandenen Hafervorräte über das Reich für die Zeit bis zur nächsten Ernte unter Mitwirkung eines Beirats, dessen Mitglieder der Reichskanzler bestellt, zu sorgen.

§ 21. Jeder Kommunalverband hat bis zum 22. Februar 1915 der Landeszentralbehörde eine Nachweisung einzureichen über:

- a) die Hafervorräte, die nach den Anzeigen auf Grund des § 8 der Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl vom 25. Januar 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 35) mit Beginn des 1. Februar in seinem Bezirke vorhanden waren;
- b) die Hafervorräte, die hiervon gemäß dem Beschlusse des Bundesrats über die Sicherstellung des Haferbedarfs für die Heeresverwaltung vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 29) für die Heeresverpflegung angefordert sind;
- c) die Hafervorräte, die im Eigentume des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere im Eigentum eines Militärbezirks oder der Marineverwaltung, standen;
- d) die Hafervorräte, die in seinem Eigentume standen und sich in seinem Bezirke befanden;
- e) die Hafermenge, die in seinem Bezirke zu Saatweiden in Anspruch genommen wird;
- f) den Saathäfer, der in seinem Bezirke nach § 8 Abs. 2 c von der Enteignung ausgenommen ist;
- g) die Zahl der Pferde und anderen Einhufer seines Bezirkes nach der Zählung vom 1. Dezember 1914;
- h) die Hafervorräte, die in seinem Bezirke für die Enteignung übrig bleiben.

Die Landeszentralbehörden haben bis zum 28. Februar 1915 der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung eine entsprechende Uebersicht, getrennt nach Kommunalverbänden, einzusenden.

§ 22. Die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung darf Hafer nur an die Heeresverwaltungen, die Marineverwaltung, Kommunalverbände oder an die vom Reichskanzler zugelassenen Stellen abgeben.

§ 23. Die Kommunalverbände haben innerhalb ihrer Bezirke den erforderlichen Ausgleich zwischen den einzelnen Pferdehaltern und landwirtschaftlichen Betrieben mit den ihnen nach § 8 Abs. 3 übereigneten oder erforderlichenfalls von der Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung überwiesenen Hafervorräten selbständig herbeizuführen.

Sie regeln für ihre Bezirke den Verbrauch der Hafervorräte unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse. In diesem Beweise können insbesondere auf ihren Antrag auch Vorräte enteignet werden, die Haltern von Einhufern nach § 8 Abs. 2 a zu belassen sind. Für die Enteignung gelten die Vorschriften der §§ 8 bis 19 entsprechend.

Die Landeszentralbehörden können die Art der Regelung vorschreiben.

§ 24. Die Kommunalverbände oder die vom Reichskanzler zugelassenen Stellen können ihren Abnehmern für Weiterverkäufe bestimmte Bedingungen und Preise vorschreiben.

§ 25. Ueber Streitigkeiten, die bei der Verbrauchsregelung (§§ 23, 24) entstehen, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

§ 26. Wer den Verpflichtungen zuwiderhandelt, die ihm nach § 24 auferlegt sind, wird mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

V. Ausländischer Hafer.

§ 27. Die Vorschriften dieser Verordnung beziehen sich nicht auf Hafer, der nach dem 16. Februar 1915 aus dem Ausland eingeführt wird.

VI. Ausführungsbestimmungen.

§ 28. Die Landeszentralbehörden erlassen die erforderlichen Ausnahmebestimmungen.

§ 29. Wer den von den Landeszentralbehörden erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis

bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

§ 30. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als Gemeindevorstand, als Kommunalverband, als zuständige Behörde und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

VII. Schlussbestimmungen.

§ 31. Die Heeresverwaltungen können aus den Beständen, die auf Grund des Bundesratsbeschlusses über die Sicherstellung des Haferbedarfs für die Heeresverwaltung vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzblatt S. 29) für die Heeresverpflegung sichergestellt sind, Hafer an die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung zur Befriedigung dringender Bedürfnisse abgeben; sie bestimmen die zulässigen Höchstmengen.

Die Zentralstelle verfügt über diese Mengen unter Mitwirkung des Beirats.

§ 32. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Berlin, den 13. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:

Deßbrück.

Bekanntmachung

über die Höchstpreise für Hafer. Vom 13. Februar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 5 des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 339) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzblatt S. 516) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Für inländischen Hafer werden folgende Höchstpreise festgesetzt. Der Höchstpreis beträgt für die Tonne in:

Machen 273 Mark, Berlin 264 Mark, Braunschweig 269 Mark, Bremen 271 Mark, Breslau 256 Mark, Bromberg 258 Mark, Cassel 270 Mark, Köln 273 Mark, Danzig 259 Mark, Dortmund 275 Mark, Dresden 264 Mark, Duisburg 274 Mark, Emden 270 Mark, Erfurt 269 Mark, Frankfurt a. M. 273 Mark, Gießen 254 Mark, Hamburg 269 Mark, Hannover 270 Mark, Kiel 268 Mark, Königsberg i. Pr. 256 Mark, Leipzig 266 Mark, Magdeburg 268 Mark, Mannheim 274 Mark, München 272 Mark, Rostock 262 Mark, Saarbrücken 276 Mark, Schwerin i. M. 262 Mark, Stettin 261 Mark, Straßburg i. E. 275 Mark, Stuttgart 272 Mark, Weiden 267 Mark.

Die Höchstpreise gelten nicht für Saathäfer, der nachweislich aus landwirtschaftlichen Betrieben stammt, die sich in den letzten zwei Jahren mit dem Verkaufe von Saathäfer beschäftigt haben.

§ 2. In den im § 1 nicht genannten Orten (Nebenorten) ist der Höchstpreis gleich dem des nächstgelegenen, im § 1 genannten Ortes (Hauptort).

Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten höheren Verwaltungsbehörden können einen niedrigeren Höchstpreis festsetzen. Ist für die Preisbildung eines Nebenortes ein anderer als der nächstgelegene Hauptort bestimmend, so können diese Behörden den Höchstpreis bis zu dem für diesen Hauptort festgesetzten Höchstpreis hinaufsetzen. Liegt dieser Hauptort in einem anderen Bundesstaate, so ist die Zustimmung des Reichskanzlers erforderlich.

§ 3. Der Höchstpreis bestimmt sich nach dem Orte, an dem die Ware abzunehmen ist. Abnahmeort im Sinne dieser Verordnung ist der Ort, bis zu welchem der Verkäufer die Kosten der Beförderung trägt.

§ 4. Die Höchstpreise gelten für Lieferung ohne Sack. Für teilweise Ueberlassung der Sacke darf eine Sackleibgebühr bis zu einer Mark für die Tonne berechnet werden. Werden die Sacke nicht binnen einem Monat nach der Lieferung zurückgegeben, so darf die Leibgebühr dann um fünfundsiebzig Pfennig für die Woche bis zum Höchstbetrage von zwei Mark erhöht werden. Werden die Sacke mitverkauft, so darf der Preis für den Sack nicht mehr als achtzig Pfennig und für den Sack, der fünfundsiebzig Kilogramm oder mehr hält, nicht mehr als eine Mark zwanzig Pfennig betragen. Der Reichskanzler kann die Sackleibgebühr und den Sackpreis ändern. Bei Rückkauf der Sacke darf der Unterschied zwischen dem Verkaufs- und dem Rückkaufspreise den Satz der Sackleibgebühr nicht übersteigen.

Die Höchstpreise gelten für Barzahlung bei Empfang; wird der Kaufpreis gestundet, so dürfen bis zu zwei vom Hundert Jahreszinsen über Reichsbankdiskont hinzuschlagen werden.

Die Höchstpreise schließen die Beförderungskosten ein, die der Verkäufer vertraglich übernommen hat. Der Verkäufer hat auf jeden Fall die Kosten der Beförderung bis zur Verladestelle des Ortes, von dem die Ware mit der Bahn oder zu Wasser versandt wird, sowie die Kosten des Einladens dafelbst zu tragen.

Beim Umsatze des Hafers durch den Handel dürfen dem Höchstpreis Beträge zugeschlagen werden, die insgesamt vier Mark für die Tonne nicht übersteigen dürfen. Dieser Zuschlag umfaßt insbesondere Kommissions-, Vermittlungs- und ähnliche Gebühren sowie alle Arten von Aufwendungen; er umfaßt die Auslagen für Sacke und für Fracht von dem Abnahmeorte nicht.

§ 5. Diese Höchstpreise gelten nicht für Hafer, der durch die im § 22 der Verordnung des Bundesrats über die Regelung des Verkehrs mit Hafer vom 13. Februar 1915 (Reichs-Gesetzblatt

§ 81) bezeichneten Stellen abgegeben wird, sowie für Weiterverläufe dieses Hafers.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Bundesrat bestimmt den Zeitpunkt des Außerkrafttretens.

Die Bekanntmachung über die Höchstpreise für Hafer vom 19. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 531) wird aufgehoben.

Berlin, den 13. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:

Deßbrück.

Bekanntmachung

über die Erhöhung des Haferpreises.

Vom 13. Februar 1915.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Deeresverwaltungen und die Marineverwaltung werden ermächtigt, für inländischen Hafer, den sie nach dem 31. Dezember 1914 im Inland freihändig oder im Wege der Enteignung oder der Requisition erworben haben, den Erwerbspreis nachträglich um fünfzig Mark für die Tonne zu erhöhen oder, wenn der Preis bereits gezahlt ist, fünfzig Mark für die Tonne nachzuzahlen.

§ 2. Die Bundesstaaten mit selbständigen Deeresverwaltungen vereinbaren die Grundsätze, nach denen die Zahlung zu leisten ist.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 13. Februar 1915.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers:

Deßbrück.

Betr.: Die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

1. Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind von der Gewährung von Familienunterstützungen ausgeschlossen die Familien derjenigen Mannschaften, die in Erfüllung ihrer aktiven Dienstpflicht sich befinden. In Zukunft sollen laut einer vom Herrn Reichskanzler erlassenen Zusammenstellung auch anspruchsberechtigt sein die Ehefrauen und die ehelichen und den ehelichen gesetzlich gleichstehenden Kinder unter 15 Jahren sowie die unehelichen Kinder derjenigen Mannschaften, die zurzeit ihre aktive Dienstpflicht erfüllen.

2. Ferner sollen den Angehörigen aller derjenigen Mannschaften, die infolge der kriegerischen Ereignisse nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzukehren, Unterstützungen gewährt werden, sofern glaubhaft gemacht wird, daß die Mannschaften als Gefangene im feindlichen Auslande zurückgehalten werden, wobei kein Unterschied zu machen ist, ob sie vom Feinde als Kriegs- oder Zivilgefangene behandelt werden.

Den Angehörigen dieser Mannschaften sind in Zukunft gleichzustellen die Familien aller derjenigen im wehrpflichtigen Alter stehenden männlichen Personen, die sich in neutralem Auslande aufhalten und infolge von feindlichen Maßnahmen nicht in ihre Heimat, ins Inland zurückkehren, sowie die von den Feinden verschleppten im wehrpflichtigen Alter stehenden Mannschaften.

3. Die schuldlos geschiedene Ehefrau, der nach § 1578 des B.G.B. der Mann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, ist unter den übrigen Voraussetzungen in Zukunft zu unterstützen.

4. Die nicht militärisch ausgebildeten, gemäß § 32 Ziffer 2 der Wehrordnung wegen bürgerlicher Verhältnisse, insbesondere als die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern und Geschwister oder nach § 99 Ziffer 2 a. a. D. zurückgestellten, aber später einberufenen Mannschaften erfüllen ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht, die Unterstützung ihrer Angehörigen kann nur in der in Ziffer 1 vorgesehenen Beschränkung erfolgen.

Das gleiche gilt hinsichtlich der nicht reklamierten, beim Kriegserfassungsgesetz aufgehobenen und später eingestellten militärpflichtigen Mannschaften.

5. Diejenigen Mannschaften, die auf Reklamation vorzeitig entlassen worden und militärisch ausgebildet sind (Wehrordnung § 82,5 c) treten gemäß § 14 Ziffer 4 der Wehrordnung zur Reserve über. Falls diese Mannschaften in den Deeresdienst eintreten, ist den Angehörigen die reichsgesetzliche Unterstützung zu gewähren. Wir empfehlen Ihnen, hierauf zu verfahren.

Gießen, den 15. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ullinger.

Betr.: Die Gemeindevoranschläge für 1915.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Hinweis auf unsere Ausschreiben vom 15. Dezember 1914 (Kreisblatt Nr. 80) und 22. Dezember 1914 (Kreisblatt Nr. 81) machen wir darauf aufmerksam, daß die Voranschläge bis Ende dieses Monats bei uns in Vorlage zu bringen sind.

Gießen, den 17. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Das Schlachten von Schweinen und Kälbern.

Nachstehende Bekanntmachung Großh. Ministeriums des Innern wird veröffentlicht.

Gießen, den 18. Februar 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Demmerde.

Bekanntmachung

betreffend das Schlachten von Schweinen und Kälbern.

Vom 12. Februar 1915.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 19. Dezember 1914 (Reichsgesetzbl. S. 536) bestimmen wir unter Aufhebung unserer Bekanntmachung vom 22. Dezember 1914 (Regierungsblatt S. 500) das Nachstehende:

§ 1. Verboden ist bis auf weiteres:

a) der Verkauf von Kälbern im Alter von unter 4 Wochen und von trächtigen Sauen zum Zwecke der Schlachtung;
b) das Schlachten von Kälbern im Alter von unter 4 Wochen und von trächtigen Sauen.

§ 2. Die Verbote (§ 1 a und b) finden keine Anwendung auf Schlachtungen, die erfolgen, weil zu befürchten ist, daß das Tier an einer Erkrankung verenden werde oder weil es infolge eines Unglücksfalles sofort getötet werden muß. Solche Schlachtungen sind jedoch der Ortspolizeibehörde des Standortes spätestens innerhalb dreier Tage nach der Schlachtung anzuzeigen.

Die Verbote finden ferner keine Anwendung auf die aus dem Auslande eingeführten Tiere.

§ 3. Die Verbote (§ 1 a und b) beziehen sich sowohl auf gewerbliche wie auf Hauschlachtungen.

§ 4. Ausnahmen von dem Verbot des Verkaufs von Kälbern im Alter von unter 4 Wochen zum Zwecke der Schlachtung und der Schlachtung von Kälbern im Alter von unter 4 Wochen können zugelassen werden, wenn das Kalb

a) wegen Platzmangels,
b) wegen Mangels an Milch infolge Erkrankung oder Verlust des Muttertieres nicht bis zur Erreichung des vorgeschriebenen Mindestalters behalten werden kann.

§ 5. Zuständig für die Zulassung von Ausnahmen (§ 4) sind die Großherzoglichen Kreisämter.

§ 6. Ueber die Zulassung von Ausnahmen hat das Kreisamt eine Bescheinigung auszustellen. Aus dieser Bescheinigung müssen Farbe, Abzeichen, besondere Kennzeichen und Alter des Tieres sowie der Name und der Wohnort desjenigen, aus dessen Bestand das Tier stammt, ersichtlich sein.

§ 7. Bescheinigungen, die von den Königlich Bayerischen Bezirksämtern, Stadtmagistraten, den Königlich Württembergischen Oberämtern, den Großherzoglich Badischen Bezirksämtern, den Kaiserlichen Kreisdirektoren (in Stadtkreisen den Vorständen der staatlichen Polizeiverwaltung) in Essig-Lothringen ausgestellt sind, haben auch im Großherzogtum Hessen Gültigkeit.

§ 8. Die Ausstellung der Bescheinigungen erfolgt stempel- und gebührenfrei.

§ 9. Die Bescheinigung (§ 6) ist der Schlachthofverwaltung oder dem Fleischbeschauer vor der Schlachtung zu übergeben, die sie zu vernichten haben.

§ 10. Im Zweifel ist die Altersgrenze von 4 Wochen für Kälber als erreicht anzusehen, wenn die 8 Milchschneidezähne vollständig aus dem Zahnfleisch hervorgetreten sind und das Zahnfleisch so weit zurückgewichen ist, daß der Zahnhals deutlich sichtbar ist.

§ 11. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 2 der eingangs erwähnten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft.

§ 12. Diese Verordnung tritt mit dem Tag ihrer Veröffentlichung im Regierungsblatt in Kraft.

Darmstadt, den 12. Februar 1915.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Dombertz.

Lenz.

An den Oberbürgermeister der Stadt Gießen und an die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Es wird empfohlen, vorstehende Bekanntmachung alsbald in ortsüblicher Weise zu veröffentlichen. Die Durchführung der Bestimmungen ist strengstens zu überwachen; das Polizei- und Fleischbeschauersonal ist entsprechend anzuweisen. Zuwiderhandlungen sind uns zur Anzeige zu bringen.

An das Großh. Polizeiamt Gießen

und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Sie werden beauftragt, Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen unmissverständlich zur Anzeige zu bringen.